



31. August 2022

Beschlussantrag

FDP-Fraktion

In Reaktion auf die Energiekrise beschränkt der Gemeinderat bis zum Ende des Winters 2022/2023 die maximale Heiztemperatur in seinen Räumlichkeiten auf die jeweils gleiche Temperatur, die der Stadtrat in den Verwaltungsgebäuden der Stadt vorsieht. Damit leistet das Parlament seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise und ermutigt die Bevölkerung und die Wirtschaft, die Heizleistung ebenfalls zu reduzieren.

Begründung:

Im kommenden Winter 2022/23 besteht die Gefahr, dass in der Schweiz zu wenig Gas und zu wenig Strom vorhanden ist und allgemein schwere Mangellagen im Energiebereich eintreten könnten. Diese für Wirtschaft und Gesellschaft besorgniserregende Situation ist eine direkte Folge des Krieges in der Ukraine und der dadurch verringerten Gasliefermenge aus Russland, zeigt jedoch auch einen Reformbedarf des Schweizer Gesamtenergiesystems an.

Die Stadt Zürich ist aufgrund einer überdurchschnittlichen Verwendung von Gas für den Heizeinsatz besonders gefordert. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat, wie vom Vorsteher der Industriellen Betriebe, Stadtrat Michael Baumer, bereits angekündigt, die notwendigen Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich treffen wird.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass der Gemeinderat für sich selbst entsprechende Einsparungen auf den Weg bringt (ungeachtet der Heizmethode in der Halle 9) und die gleiche Temperatur übernimmt, die der Stadtrat in den Räumlichkeiten der Verwaltung vorsieht.

M. Sami